

der niemand mehr etwas zu befürchten hatte, die aber trotz aller zugefügten Unbill ihre Rolle nicht nur legitimistisch zu Ende spielte, sondern trotz Vertreibung und erst spät gewährter Rückkehr gerade in schwierigsten Zeiten immer zugunsten Österreichs sprach und half, wo sie nur sprechen oder durch Bittgänge bei anderen, bei Amerikanern z. B., helfen konnte. Die ehemals ungeliebte, verdächtigte, in ihrem Friedenswillen mißverständene, ja des Verrats bezichtigte („Sixtusbriefe“) „welsche“ Gemahlin des letzten Kaisers – sie hat von Österreich bis an ihr Lebensende nicht gelassen. Dies wurde wenigstens der Toten, wenn schon nicht der Lebenden, gutgeschrieben.

Aber dies alles wäre geschichtlicher Notierung kaum wert, hätte es sich nicht gefügt, daß der Umgang mit dem Tod der Kaiserwitwe zu einem zeitgeschichtlichen Symbol besonderer Art geworden ist. Im Wiener Kondukt schritten ungarische Bischöfe neben österreichischen. In der Matthias-Kirche, der Krönungskirche am einst königlichen Schloß in Buda, zelebrierte der ungarische Primas zwei Tage nach der Beisetzung Zitas in Wien für die letzte ungarische Königin in Anwesenheit der Familie Habsburg ein Requiem. Und auch dort konnte die Kirche die Teilnahmewilligen nicht fassen. Noch vor wenigen Jahren wäre so etwas überhaupt nicht denkbar gewesen. Jetzt wirkte alles schon wie selbstverständlich. Oder war auch das nur Nostalgie? Wohl doch nicht. Weder in Wien noch in Budapest hat jemand Ernstzunehmender die Habsburgische Monarchie herbeigesehnt.

Aber ein Stück einstiger Doppelmonarchie trat in einer Situation für einige Augenblicke sichtbar ins Gedächtnis, in der es die politischen Verhältnisse wieder erlauben, daß verschiedene Völker der ehemaligen Monarchie – noch nicht alle – wieder näher zueinander finden können. Der Tod der Witwe des letzten Herrschers in Habsburgs „Völkerkerker“, der bei aller Illiberalität und trotz der vielen nationalen Widersprüche so sehr Völkerkerker dann doch nicht war – ein Zeichen der Öffnung des ihm in Stufen gefol-

ten kommunistischen Völkerkerkers, die sich Gorbatschowscher Perestrojka verdankt? Die Entwicklung dürfte bald eine profanere Fortsetzung finden, wenn Wien und Budapest, woran kaum noch zu zweifeln ist, zum gemeinsamen Ort der Weltausstellung 1995 werden.

Agitation

KJG, Pax Christi und ein Aufruf zur Kriegsdienstverweigerung

Zwei katholische Verbände hielten es in den letzten Wochen für angebracht, die im März veröffentlichte Gemeinsame Erklärung der Abteilung Jugend der Industriegewerkschaft Metall und der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner mit ihrem Aufruf zur „massenhaften, hunderttausendfachen Kriegsdienstverweigerung“ gegen Kritiker in Schutz zu nehmen. Das Präsidium der deutschen Sektion von *Pax Christi* stellte am 1. April fest, die Erklärung von IG Metall und DFG-VK bestätigte die eigene Position. Wer sich zur Kriegsdienstverweigerung bekenne, habe das Recht, dies öffentlich kundzutun und gemeinsam mit anderen dazu aufzurufen, daß möglichst viele Wehrdienstpflichtige diesem Beispiel folgten. Der Bundesleiter der Katholischen Jungen Gemeinde (KJG), *Michael Kröselberg*, veröffentlichte am 30. März eine Stellungnahme, in der es u. a. hieß, die an die Adresse der IG Metall / DFG-VK gerichteten Vorwürfe seien ein Zeichen dafür, „daß die Bundesregierung und offenbar auch viele andere Verantwortliche in den Parteien und Gewerkschaften offenbar politisch nicht gewillt sind, zur Kenntnis zu nehmen, daß eine Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, die nicht mehr von der Mehrheit der Bevölkerung mitgetragen wird und die elementaren Lebensinteressen von Jugendlichen entgegensteht, den Protest und Widerstand geradezu herausfordert“. Die KJG werde sich auch weiterhin mit anderen kirchlichen und gesellschaftlichen Organisationen für

eine kritische Haltung gegenüber dem „Normalfall Bundeswehr“ einsetzen.

Es ist das gute Recht von Pax Christi als katholischer Friedensorganisation wie der KJG als eines katholischen Jugendverbandes, dessen Mitglieder vom Thema Kriegsdienstverweigerung direkt betroffen sind, das grundgesetzlich verankerte Recht zur Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen zu verteidigen und Zivildienstleistende gegen ungerechte Vorwürfe oder Unterstellungen in Schutz zu nehmen. Allerdings sollte man dabei in der Wahl seiner *Bundesgenossen* strengere Maßstäbe anlegen: Die Erklärung der IG-Metall-Jugend und der DFG-VK mit ihrem aggressiven Ton und ihrer undifferenzierten Argumentation, die innerhalb des DGB für erhebliche Unruhe sorgte (die IG-Metallführung und weitere Einzelgewerkschaften distanzieren sich von dem Text; die neue IG-Medien stellte sich dagegen hinter die Erklärung) war ein denkbar ungeeigneter Anlaß für katholische Verbände, um Solidarität mit Zivildienstleistenden zu demonstrieren und Anfragen an die offizielle Verteidigungs- und Sicherheitspolitik zu richten.

Dazu kommt ein Zweites: Es genügt nicht, Kriegsdienstverweigerung als prophetisches Zeichen herauszustellen, durch das Christen ihren Glauben an den Gott des Friedens und ihre Bereitschaft zur Versöhnung und zum Abbau von Gewalt in besonderer Weise sichtbar machen können. Vielmehr braucht es auch einen klaren Blick für die politische Gesamtsituation, in die hinein ein solches Zeichen gesetzt oder auch nicht gesetzt wird. Wer heute seinen Wehrdienst in der Bundeswehr ableistet oder Berufsbzw. Zeitsoldat wird, kann durchaus die Hoffnung haben, daß die politische Konfrontation zwischen den Blöcken in Europa weiter abgebaut wird und daß es in absehbarer Zeit zu substantiellen Abrüstungsschritten kommt, auch wenn es sich dabei um einen schwierigen und risikoreichen Weg handelt. Er kann seine Aufgabe vor allem darin sehen, den Prozeß der Entspannung durch das Mittel der militärischen Abschreckung abzusi-

chern und der Politik den nötigen Spielraum zu garantieren. Bei allen Unwägbarkeiten ergibt das doch ein vernünftiges und respektables Motiv für den Dienst in der Bundeswehr, auch für junge Katholiken, die die christliche Friedensbotschaft ernst nehmen möchten. Nicht einseitig den Sinn der Kriegsdienstverweigerung darzutun, sondern sich auch bei der militärischen Friedenssicherung um Überzeugungsarbeit und angemessenes Problembewußtsein zu bemühen, stünde gerade katholischen Jugendverbänden gut an. 111

Abberufung

Paul Valadier muß Chefredaktion von „Études“ abgeben

Am 28. März hat der Provinzial der französischen Jesuiten den Chefredakteur von „Études“, P. Paul Valadier (56), abberufen. Ab 1. September, an dem Valadier ausscheidet, wird vor allem als Marxismusforscher international bekannte und lange Zeit in leitenden Stellungen des Ordens tätig gewesene Sozialethiker P. Jean-Yves Calvez (62) die Zeitschrift leiten. Der Vorgang ist in sich unspektakulär, zumal sowohl der Provinzial wie der Betroffene selbst zu verstehen gaben, der Wechsel in der Redaktion sei in absehbarer Zeit ohnehin vorgesehen gewesen, und Valadier bestreitet nicht, daß er selbst den Wunsch geäußert habe, nicht übermäßig lang an der Spitze der Redaktion bleiben zu müssen.

Wenn die Abberufung dennoch Aufsehen erregte, dann wegen ihrer, wie sie Valadier selbst charakterisierte, „bürokratischen“ Form, wegen der Person des Betroffenen und wegen des Zeitpunkts und der kirchenpolitischen Umstände, unter denen der bisherige Chefredakteur die Redaktion verlassen muß. Er selbst, so erklärte Valadier in einem Interview mit „Le Monde“ (29.3.89), sei von der Maßnahme völlig überrascht worden. Mit ihm sei von den Oberen des Ordens

weder über die Abberufung noch über die Regelung der Nachfolge gesprochen worden. Dies widerspreche Praxis und Geist des Jesuitenordens. Schon daraus schloß die Öffentlichkeit, es müsse kirchliche Pressionen gegeben haben, die zur plötzlichen und nicht abgesprochenen Ablösung des Chefredakteurs führten.

Der Verdacht verstärkte sich angesichts der Person des Abberufenen. Valadier gehört zu den angesehensten Intellektuellen im französischen Katholizismus, dessen Echo weit über das engere katholische Milieu hinausreicht. Von Hause aus Philosoph, Nietzsche-Spezialist und Professor am Centre Sèvres, der Pariser Philosophisch-Theologischen Hochschule der französischen Jesuiten, an die der Abberufene nun mit voller Vorlesungsverpflichtung zurückkehrt, war Valadier als Chefredakteur der wohl international angesehensten, von den Jesuiten geleiteten Kulturzeitschrift ungewöhnlich erfolgreich. Seit der Übernahme der Chefredaktion durch Valadier 1982 stiegen die Abonnements von weniger als 8000 auf gut 12000 an, eine Entwicklung, von der vergleichbare Zeitschriften in Frankreich wie anderswo gegenwärtig nur träumen können. Valadier war es in relativ kurzer Zeit gelungen, „Études“ zu einer nicht nur prestigeträchtigen Zeitschrift zu machen, sondern durch umfassende und aktuelle Behandlung von Vorgängen und Grundsatzfragen in Politik, Wirtschaft, Kultur und Kirche auch bei Leserschichten Aufmerksamkeit zu wecken, die dem kirchlichen Leben fernstehen, aber doch bereit sind, sich mit Fragestellungen und Antworten, die aus kirchlicher bzw. katholischer Sicht vorgetragen werden, zu beschäftigen.

Valadier gehörte überdies zu den wenigen führenden theologisch-kirchlichen Denkern und Sprechern, die sich regelmäßig auch über profane Medien zu kirchlich-kontroversen Fragen mit einigem Freimut äußern und dabei auch einmal einen polemischen Zungenschlag riskieren. Es hat gerade in letzter Zeit öfters auch vor einer breiteren Öffentlichkeit pointiert zu kirchlichen Entwicklungen und vor al-

lem zu ethischen Problemen – von „Humanae vitae“ bis Aids – freimütiger Stellung genommen, als es Kirchenoberen in Rom und teilweise auch in Paris lieb war, bei denen er sich den Ruf eines ebenso lästigen wie unbeirrbar und seiner kirchlichen Position unangreifbaren Kritikers erwarb. Verdichteter Ausdruck seiner kirchlichen Positionen ist das 1987 bei Calmann-Lévy erschienene Buch „L'Église en procès“. Valadier war auf französischer Seite auch einer der ersten, der sich die Anliegen der „Kölner Erklärung“ zu eigen machte und sich öffentlich dazu bekannte.

Daß Valadier gerade jetzt abberufen wurde, mußte zwangsläufig zu dem Eindruck führen, die Pariser Ordensoberen hätten auf höhere Weisung gehandelt. Dies wurde vom Provinzial ebenso energisch bestritten wie der Verdacht, man wolle einen als geistlichen Redakteur und kirchlichen Schriftsteller unangreifbaren, aber unbequemen Kritiker mundtot machen. Direkte Interventionen von höherer Stelle, auf die die Maßnahme zurückzuführen wäre, scheint es auch tatsächlich nicht gegeben zu haben. Es dürfte wohl zutreffen, was Valadier selbst andeutete, der Orden habe vorsorglich, sozusagen aus vorauseilender Furcht gehandelt, um weiterreichende Schwierigkeiten mit römischen Stellen von vornherein zu vermeiden.

Tatsächlich spricht einiges dafür, daß die Ordensleitung in Paris (und Rom) durch die Abberufung Valadiers es vermeiden wollte, sich weitergehende Schwierigkeiten einzuhandeln. Innerkirchlicher Druck auf Publikationsorgane und gelegentlich auch auf einzelne Journalisten gehört gegenwärtig zum gesamtkirchlichen Klima. Je direkter die Betreffenden in kirchenamtlichen Strukturen angesiedelt sind, um so unmittelbarer bekommen sie ihn zu spüren. Interventionen von römischen Kongregationen bei Ordensleitungen, man möge in einem bestimmten Sinne auf den und den schreibenden, redenden oder predigenden Theologen oder Journalisten einwirken, gehören inzwischen zum kirchlichen Alltag, und sie betreffen die unterschiedlichsten Länder.